



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
HEIDELBERG

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 12 (1984)

DOI: 10.11588/fr.1984.0.51626

---

#### Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

et des Polonais. Si Johann Wirth, l'orateur le plus ardent, y créait quelques remous en affirmant le caractère allemand des pays rhénans, il proclamait aussi »sans la liberté de la Pologne, il n'y a pas de liberté allemande«. Le libéralisme du temps, national, se voulait aussi européen.

Pierre BARRAL, Nancy

Jürgen REULECKE, Sozialer Frieden durch soziale Reform. Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Frühindustrialisierung, Wuppertal (Hammer) 1983, 308 S. (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 6).

Die Frage nach den Entstehungsbedingungen, Zielen und Durchsetzungschancen von Reformen in der jüngsten Geschichte der Bundesrepublik hat auch das historische Interesse an den Trägern und Inhalten gewaltfreier gesellschaftlicher Veränderungen nachhaltig belebt. Mit dieser Arbeit liegt erstmals eine umfassende Untersuchung zu einer Reformgruppierung vor, die im Vormärz entstand und deren Wirksamkeit sich bis in die Spätphase des wilhelminischen Reiches verfolgen läßt. Reulecke bettet die Entstehungsgeschichte des Centralvereins in die einzelnen Phasen bürgerlicher Sozialreform in Deutschland ein, die durch den Centralverein, den Verein für Socialpolitik und die Gesellschaft für Soziale Reform markiert sind. Bereits die Liste der Gründungsprinzipien des Centralvereins läßt die geistige Nähe der Vereinsgründer zu dem in der Forschung z. T. kontrovers diskutierten sozialen Leitbild des deutschen Frühliberalismus, dem einer »klassenlosen Bürgergesellschaft« (L. Gall) erkennen. Den Initiatoren ging es nicht um politische Umwälzungen, sondern um die stufenweise Integration der sozialen Unterschichten in eine grundsätzlich als bürgerlich konzipierte Gesellschaft. Sie waren von der Möglichkeit überzeugt, es zur Entfaltung einer durch starre Klassenschranken geprägten Gesellschaft erst gar nicht kommen zu lassen. Für sie schien die bestehende Gesellschaft ein hinreichendes Potential an Selbstkorrekturen zu enthalten, das ein kooperatives Konfliktverhalten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglichen sollte.

Es war die Gewerbeausstellung des deutschen Zollvereins von 1844, in deren Umkreis der Centralverein zunächst deutlichere Konturen annahm, hatte doch dieses Ereignis die Diskrepanz zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gewerbe und den sozialen Lebensumständen der Beschäftigten eindringlich sichtbar gemacht. Reulecke ordnet die Initiativen zur Gründung des Centralvereins in das aufblühende Assoziationswesen des Vormärz ein und beschreibt detailliert den Gründungsprozeß und die Entstehung der korrespondierenden lokalen Vereine. Das Ringen um die Anerkennung der Statuten seitens der preußischen Behörden gestaltete sich für die Vereinsgründer zu einem zermürbenden Vorgang. Obgleich der Centralverein von seiner Mitgliederstruktur her gesehen alles andere als ein Hort des Umsturzes war, setzten Spitzenbeamte des Innenministeriums alles daran, die Entfaltung des Vereins nach Kräften zu blockieren, ein Vorgehen, dessen präzise Analyse neue konkrete Einblicke in inner- und interministerielle Richtungsunterschiede ermöglicht. Die Initiatoren des Centralvereins teilten das Schicksal zahlreicher bürgerlicher Reformer sozial-liberalen Zuschnitts: was als Anregung zu behutsamer Sozialreform gedacht war, verdichtete sich in der Perzeption eines letztlich obsiegenden Flügels der Bürokratie zu einem kalkulierten Angriff auf den sozialen Frieden und wurde entsprechend beantwortet. Es war bezeichnend, daß die Genehmigung der Vereinsstatuten zwei Wochen nach dem Ausbruch der Revolution erfolgte!

Obgleich dem Verein somit die Chance konkreter Wirksamkeit einstweilen genommen war, erlaubte die Diskussion um seine Zielsetzungen eine präzise Bestimmung der gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der in ihm engagierten Fabrikanten, Beamten und »Literaten«. Weithin dominierte die Erwartung, den Centralverein sowie das Netz der Lokalvereine als

Vermittlungsinstanz zwischen Staat und Gesellschaft etablieren zu können. Noch schien es möglich, die entstehende Arbeiterschaft gesellschaftlich zu integrieren, ohne sogleich die Verfassungsfrage aufzurollen. Dieses Vertrauen in die gesellschaftlichen Selbstheilungskräfte sowie der Glaube an einen weitreichenden Gleichklang der Interessen von Arbeitgebern und Beschäftigten wurde nur sehr vereinzelt als illusionär durchschaut.

Die Suche nach klassenübergreifenden Lösungen für soziale Spannungen gab der Centralverein auch in der Revolution nicht auf. Man blieb darauf bedacht, eine politische Standortbestimmung nach Möglichkeit zu vermeiden. Der Centralverein bemühte sich vielmehr gemeinsam mit den Lokalvereinen, mit Hilfe von Vorschußdarlehen an Gewerbetreibende eine Destabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach Kräften zu verhindern. Besonders aufschlußreich für die Rolle des Centralvereins in der Revolution war die Diskussion über eine neue Gewerbeverfassung. Insbesondere die Schaffung von »Fabrikvereinen« galt in diesem Zusammenhang als zukunftsweisende, konfliktregelnde Institution, um auch der Arbeiterschaft die Chance zur Vertretung ihrer Belange zu sichern. War mit dem Staatsstreich in Preußen das Scheitern dieser Initiative besiegelt, so ging es dem Centralverein mit dem Plan einer »Allgemeinen Preußischen Altersversorgungsanstalt« nicht besser, ein Konzept, das der Verein nach intensiven Debatten bis zur Gesetzesvorlage entwickelt hatte. Auch hier erwies sich die Hoffnung auf die Lernfähigkeit der preußischen Behörden als illusionär, obgleich der Plan des Centralvereins zahlreiche höchst modern anmutende Elemente enthielt und als Ansatzpunkt für eine weiter ausgreifende Absicherung der Risiken Alter, Krankheit und Invalidität hätte dienen können. Reulecke kann mit der Darstellung dieses Versicherungsprojekts zeigen, daß die Sozialversicherungsgesetze der Bismarckzeit keineswegs – wie gemeinhin behauptet – ohne Vorarbeiten und Vorbilder entstanden.

In der preußischen Reaktionszeit war der Centralverein erneut dem Argwohn der Behörden ausgesetzt. Von den ursprünglichen Tätigkeitsfeldern, der Schaffung einer landesweiten Organisation, der Ausarbeitung abstimmungsreifer Gesetzesvorlagen und dem Sammeln und Sichten sozialpolitischer Probleme blieb dem Verein lediglich das letztere, bei einem deutlichen Schwund seiner Mitgliederzahlen. Dieser Abwärtstrend kehrte sich erst ab 1865 wieder um, nun freilich vor einem veränderten Hintergrund: angesichts der Organisationsbemühungen der Arbeiterschaft fand der Centralverein das rege Interesse von Unternehmern.

Diese Arbeit schließt eine wesentliche Lücke in der Erforschung der bürgerlichen Sozialreform in Deutschland. Die abschließenden Thesen können als Anregung verstanden werden, das Thema in vergleichender Absicht aufzunehmen, um damit zu einer typologisch angelegten Geschichte bürgerlicher Sozialreform zu gelangen. Dabei ließe sich vermutlich auch genauer zeigen, in welchem Maße bürgerliche Sozialreformer dem Problem politischer Reformen aus dem Weg gegangen sind und unter welchen Umständen sie bereit waren, diese zu akzeptieren, bzw. aktiv voranzutreiben.

Peter THEINER, Düsseldorf

Gerhard A. RITTER (Hg.), *Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart*, Düsseldorf (Droste Verlag) 1983, 224 p. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 73. Hg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.)

Le recueil d'articles élaboré à la suite d'un colloque d'historiens qui s'est tenu à Münster en Octobre 1982, apporte des éléments de réponse au problème complexe des rapports du parlementarisme allemand avec le pouvoir et l'administration. La méthode comparative généralement appliquée par les auteurs ouvre des perspectives sur l'évolution des systèmes